

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

11.06.2021

Inhalt

EWN

1 Nord Stream: Gasbefüllung vorbereitet <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 11.06.2021</i>	3
2 Landeshauptstadt rechnet mit 13,8 Millionen Euro Verlust <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 11.06.2021</i>	4
3 Verhindert der Klimawandel ein Endlager in Brandenburg? <i>Ruppiner Anzeiger, 09.06.2021</i>	5
4 Atommüll: Wehrt sich das Land nicht genug? <i>Kieler Nachrichten - Kieler Zeitung, 11.06.2021</i>	7
5 Schritt für Schritt zum digitalen Impfpass <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.06.2021</i>	9

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 11.06.2021 | S. 7

📄 Auflage: 29.728 | Reichweite: 71.950

👤 mauder.ulf

Nord Stream: Gasbefüllung vorbereitet

Die *Nord Stream 2 AG* bereitet den fertiggestellten ersten Strang der umstrittenen Ostseepipeline vom heutigen Freitag an für die Gasbefüllung vor. Es seien dafür mehrmonatige vorbereitende Arbeiten notwendig, teilte das Unternehmen im schweizerischen Zug gestern mit. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte vor einer Woche die fertige Verlegung der Rohre des ersten Stranges verkündet. Nötig war noch eine Verschwei-

ßung von zwei Enden im Meer. Damit sei jetzt die Leitung von Lubmin in MV nach Russland durchgängig, hieß es. Bis tatsächlich Gas durch den ersten von zwei Strängen fließt, sollen noch mehrere Monate Arbeit nötig sein. Auch an Land seien noch Schweißarbeiten zu verrichten, so ein Sprecher. Die Arbeiten am zweiten Strang dauerten an, hieß es. Putin erwähnte, dass sie in zwei Monaten beendet sein könnten.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 11.06.2021 | S. 07-SSN SEITE 7

📄 Auflage: 18.794 | Reichweite: 44.976

👤 Sebastian Kabst

Landeshauptstadt rechnet mit 13,8 Millionen Euro Verlust

Pandemiefolgen belasten Haushalt: Oberbürgermeister Rico Badenschier fordert Hilfen vom Bund

Schwerin. Steuereinträge als Folge von Corona werden auch nach der Pandemie noch über mehrere Jahre die Schweriner Handlungsfähigkeit bedrohen. Das belegt laut Stadtverwaltung die aktuelle Steuerschätzung. Damit die Landeshauptstadt indes handlungsfähig bleibt und kommunale Investitionen nicht einbrechen, sind schnelle und entschiedene Hilfen vom Bund dringend notwendig, so Oberbürgermeister Rico Badenschier.

„Die absehbaren Corona-Folgen für den Haushalt bereiten uns große Sorge“, so der OB. Das Land **Mecklenburg-Vorpommern** hat bereits zum Ende des Jahres 2020 Hilfeleistungen von 67 Millionen Euro zur Kompensation von Gewerbesteuer ausfällen zugesagt.

Den größten Anteil machen die erwarteten, erheblichen Steuerausfälle bei der **Gewerbe-**, der Vergnügungs- und nicht zuletzt der Übernachtungssteuer aus, die sich zusammen auf 7,4 Millionen Euro belaufen. Hinzu kommen die Fahrgeldeinnahmeverluste des Nahverkehrs, die laut Stadt aktuell auf vier Millionen Euro geschätzt werden. „Wir rechnen mit

einem negativen Ergebnis von 13,8 Millionen Euro“, stellt Badenschier fest.

Auch der Vorsitzende des Finanzausschusses, Christoph Richter, lobte die erste Hilfszusage des Landes und verwies zugleich auf eine drohende Negativspirale in der Zukunft: „In den kommenden Jahren werden sich beim kommunalen Finanzausgleich die deutlichen Mindereinnahmen des Landes negativ auf unsere Zuweisungen auswirken“, befürchtet Richter. „Die Dramatik der Zahlen ist für Schwerin schockierend. Ohne schnelle und ergänzende Hilfe des Bundes wird es nicht gehen. Sonst wären wir zu kurzfristigen Sparmaßnahmen gezwungen, die unserer Stadt auf lange Sicht Schaden zufügen. Das kann niemand wollen“, so der OB.

Im ersten Corona-Jahr 2020 hatten Bund und Länder die Gewerbesteuer ausfälle der Städte und Gemeinden mit 12,4 Milliarden Euro schnell und unkonventionell ausgeglichen. Der Städte- und Gemeindetag fordert eine weitere Kompensation.

Verhindert der Klimawandel ein Endlager in Brandenburg?

Atommüll Am Donnerstag beginnt die nächste dreitägige Fachkonferenz zur Suche nach einem dauerhaften Platz für radioaktiven Abfall. Die Mark ist im Fokus. Von Mathias Hausding

Auch wenn die Entscheidung erst 2031 fallen soll, geht die Suche nach einem Atommüll-Endlager jetzt in eine wichtige Phase, die auch Brandenburg betrifft. Das zuständige Bundesamt will möglichst zügig die Zahl der in Frage kommenden Regionen eingrenzen.

Nächster Schritt auf diesem Weg ist ab Donnerstag eine dreitägige Online-Fachkonferenz, zu der interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen sind. Laut Programmplan gibt es eine kaum überschaubare Fülle an Berichten und Podiumsdiskussionen sowie insgesamt zehn Arbeitsgruppen zu Themen wie „Endlagertechnik“ oder „Wirtsgestein Ton“.

Zeitaufwand ist eine Hürde

Niels Detloff aus Wittstock (Ostprignitz-Ruppin), einem nach derzeitigem Stand für ein Endlager in Frage kommendem Gebiet, würde sich gerne an dem Verfahren beteiligen. „Aber damit ist ein extremer Zeitaufwand verbunden. Das ist für viele Menschen eine große Hürde“, sagt der Diplomingenieur für Umweltschutztechnik. Das liege nur zum Teil am komplizierten Thema. Sein Eindruck sei, dass hier Beteiligung lediglich simuliert werde, „damit am Ende die große Mehrheit der von einem Endlager nicht Betroffenen zufrieden mit dem Verfahren ist“.

Heinz-Herwig Mascher, Vorsitzender der Grünen Liga Brandenburg, hadert ebenfalls mit dem Zeitplan der Fachkonferenz. „Ich muss Freitag arbeiten“, sagt er. Leider hätten kommunale Vertreter vornehmlich aus Bayern „Demokratie gespielt“ und den Beginn ab Donnerstag durchgesetzt, statt komplett auf das Wochenende zu setzen, wenn möglichst viele Bürger Zeit haben.

17 potenzielle Gebiete

Auch wenn auf den Fachkonferenzen keine Entscheidung über ein Endlager falle, sei es wichtig, sich dort Gehör zu verschaffen und Fragen zu stellen, sagt Mascher aus Brandenburger Sicht. Er gehe davon aus, dass kommunale Vertreter aus Brandenburg in dem

Gremium die hiesigen Interessen wahrnehmen.

Die mit der Suche beauftragte Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hatte im September 2020 einen Zwischenbericht vorgelegt. Demnach sind 54 Prozent der Fläche Deutschlands geologisch potenziell für ein atomares Endlager geeignet. Von derzeit 90 in Frage kommenden Gebieten liegen 17 im Land Brandenburg.

Mascher hält letzteres für einen gravierenden Fehler. Der mit dem Klimawandel verbundene Meeresspiegelanstieg in dem sehr langen Zeitraum werde im Verfahren nicht berücksichtigt, kritisiert der Vorsitzende der Grünen Liga. Ziel sei, den nach menschlichem Ermessen sichersten Ort für ein Atommüll-Endlager zu finden. Im Land Brandenburg sei ein solcher Standort aus geographischen Gründen nicht erkennbar.

Während erdinnere Kräfte die Alpen und Skandinaviern anheben, werde das dazwischen liegende Brandenburg nach unten gedrückt. Im Gesetz sei gefordert, dass das Endlager über eine Million Jahre Sicherheit bieten muss. „Bis dahin aber hat höchstwahrscheinlich das Meer vom Flächenland Brandenburg schon Besitz ergriffen.“ Und dies könnte noch viel eher geschehen, wenn es nicht gelingen sollte, den Klimawandel zu stoppen.

„Ein Abschmelzen der Antarktis ließe den Meeresspiegel um mehr als fünfzig Meter ansteigen und mit dem Verschwinden weiterer Gletscher etwa über Grönland würden noch mehr Gebiete Brandenburgs überschwemmt werden“, so Mascher. Sollte dann Radioaktivität austreten, käme man unter dem Meer nicht an den Müll heran, um ihn herauszuholen und umzulagern. „Angesichts dieser Unwägbarkeiten dürfte die gesamte Norddeutsche Tiefebene ungeeignet für ein solches Atommüllendlager sein“, bringt er seine Bedenken auf den Punkt.

Kommentar: Es kann nicht gut enden

Mit dem 2017 überarbeiteten Gesetz zur Endlager-suche hat Deutschland nicht mehr erreicht, als das Atommüll-Problem in die Zukunft zu schieben. Frühestens 2050 soll das erste strahlende Fass seinen Platz im Atomendlager finden. Trotzdem wird die Suche schon bald für böses Blut sorgen, wenn die Zahl der in Frage kommenden Gebiete auf weniger als zehn eingegrenzt wird.

Während in den verschonten Regionen die Freude dann groß sein wird, dürften in den betroffenen Gebieten umgehend massive Proteste anlaufen. Daran ändert das vermeintlich nicht von politischen Interessen, sondern von rein wissenschaftlichen Kriterien ge-

leitete Verfahren überhaupt nichts. Denn trotz der ehrlichen oder auch nur zur Schau gestellten Transparenz wird es immer gute Gründe geben, das Ergebnis anzuzweifeln und möglichst rückgängig zu machen.

Zum Beispiel mit dem berechtigten Verweis darauf, dass viele Regionen schlicht deshalb nicht in die engere Auswahl kamen, weil die geologische Datenlage dort zu dünn war.

Mit der Atom-Politik hat sich Deutschland etwas eingebrockt, das einfach nicht gut enden kann. Es gibt hier kein unbesiedeltes Gebiet, in dem der Müll für eine Million Jahre sicher gelagert werden kann.

Atommüll: Wehrt sich das Land nicht genug?

Bayern, Niedersachsen und Thüringen mischen sich ins Suchverfahren für ein Endlageraktiv ein – Kiel wartet ab

Schleswig-Holstein hält sich bisher im Suchverfahren für ein **Atom**-Endlager vornehm zurück und könnte so am Ende den Zuschlag für den hoch **radioaktiven** Müll aus allen deutschen **Atomkraftwerken** erhalten. „Es besteht die Gefahr, dass ein Land, das sich nicht kümmert, das Endlager bekommt“, betont der Geschäftsführer des bundesweiten Anti-**Atom**-Vereins „Ausgestrahlt“, Jochen Stay.

Kritik an Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) kommt auch vom Öko-Verband BUND. „Schleswig-Holstein macht sich bei der Endlager-Suche bisher einen schlanken Fuß“, beklagt Landesgeschäftsführer Ole Eggers. Das sei taktisch kein kluger Schachzug. „Niedersachsen geht dagegen den richtigen Weg“, lobt Eggers. Gemeint ist Hannovers Umweltminister Olaf Lies. Der SPD-Politiker richtete nicht nur ein Begleitforum zur Endlager-Suche ein, sondern stellte auch 500 000 Euro für die Unterstützung von Kommunen bereit. „Mit diesen Geldern können Gutachten finanziert oder Informationsveranstaltungen vor Ort für interessierte Bürgerinnen und Bürger veranstaltet werden“, so Lies.

Aktiv ist auch Bayern. Der Freistaat unterstütze seine Kommunen, berichtet Stay. Erkennbares Ziel sei, ein Endlager in Bayern zu verhindern. Auch Thüringen wehre sich mit Händen und Füßen, habe mit Blick auf das Suchverfahren mehrere Geologen angeheuert. Ein ähnliches Engagement Schleswig-Holsteins schließt Albrecht derzeit aus. „Der Bund ist im Verfahren zur Endlager-Suche aufgefordert, die Transparenz und die Beteiligung der betroffenen Standorte sicherzustellen und bei der Suche alleine die fachliche Eignung zur Grundlage der weiteren Entscheidungen zu machen“, betont der Minister. Das Land werde darüber wachen, dass objektiv auf Basis des Gesetzes entschieden werde.

Auch eine Beratung der Kreise und Städte ist bisher nicht vorgesehen. Die Beteiligung der Kommunen am Verfahren erfolge unmittelbar durch die **BGE** (Bundesgesellschaft für Endlagerung) und das **BASE** (Bundesamt für die Sicherheit der **nuklearen Entsor-**

gung), so ein Sprecher des Umweltministeriums. Begründung: „Das Land verfügt über keine Informationen zum Suchprozess, die über die von den zuständigen Institutionen öffentlich bereitgestellten Informationen hinausgehen.“

Öffentlich ist, dass große Teile Schleswig-Holsteins (rund 70 Prozent der Fläche) nach dem im Herbst von der **BGE** veröffentlichten Zwischenbericht günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung hoch **radioaktiver** Abfälle erwarten lassen. Das liegt weniger an einigen Salzstöcken, sondern insbesondere an großen, unterirdischen Tonformationen. An ihrer Eignung bestehen allerdings Zweifel. Das geht aus einer Stellungnahme des Lanu (Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume) an die **BGE** hervor: „In vielen Landesteilen werden Tone ... noch in größeren Tiefen als 700 Meter als plastisch, weich oder mild/mäßig fest beschrieben.“ Dies hätte sich, rügt der Geologische Dienst des Lanu, „in der Abwägung als ‚ungünstig‘ niederschlagen müssen“.

Das Umweltministerium kennt dieses wichtige Gutachten, hat dazu aber bisher keine Öffentlichkeitsarbeit gemacht. „Es steht zu erwarten, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung diese Hinweise im Zuge des Beteiligungsverfahrens berücksichtigt“, meint ein Ministeriumssprecher. Dazu passt, dass das Umweltministerium keine offensive Werbung für die zweite Fachkonferenz zum Zwischenbericht Teilgebiete macht. Auf dieser Online-Konferenz diskutieren in diesen Tagen mehr als 1000 Wissenschaftler, Kommunalvertreter, Bürgerinnen und Bürger über die Kritik von Geologen an möglichen Endlager-Standorten.

Albrecht versichert, dass er die Fachkonferenz durchaus auf dem Schirm hat. „Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden haben wir Gespräche geführt und die Kommunen zur aktiven Teilnahme am Beteiligungsprozess der **BGE** ermutigt.“ Zum gegenwärtigen und sehr frühen Zeitpunkt mache ein eigener Begleitprozess allerdings noch keinen Sinn. „Es ist derzeit sinnvoller, dass sich die interessierte Öffentlich-

keit direkt im Begleitprozess der **BGE** einbringt.“ Aber: „Die Einrichtung eines Begleitgremiums im Land zu einem späteren Zeitpunkt behalten wir uns ausdrücklich vor.“ Nach einer dritten Fachkonferenz im August will die **BGE** die nächste Runde im Suchverfahren einläuten und „in wenigen Jahren“ aus den 90 Teilgebieten (54 Prozent der Fläche Deutschlands) vermut-

lich bis zu 30 konkrete Standort-Regionen ausfindig machen. Über deren Erprobung entscheidet dann der Bundestag, der 2031 auch den Ort des Endlagers festlegen soll.

”Zum gegenwärtigen Zeitpunkt macht ein eigener Begleitprozess keinen Sinn.” - Jan Philipp Albrecht (Grüne), Umweltminister

📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 10.06.2021 | S. 2

📄 Auflage: 214.445 | Reichweite: 962.862

👤 Kim Björn Becker, Kevin Hanschke, Anna-Lena Ripperger

Schritt für Schritt zum digitalen Impfpass

In der App, gedruckt oder weiterhin im gelben Ausweis - wie Immunisierte künftig ihren Status nachweisen können

Wann kommt der digitale Impfpass?

Der digitale Impfpass soll von diesem Donnerstag an Schritt für Schritt eingeführt werden. Das hat ein Sprecher von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) am Mittwoch bestätigt. Damit Geimpfte ihren Impfstatus digital nachweisen können, soll eine neue App namens CovPass verfügbar sein. Zudem können Nutzer der Corona-Warn-App des Robert Koch-Instituts mit der neuesten Version auf eine entsprechende Funktion zurückgreifen. Weitere Details will Spahn an diesem Donnerstag in Berlin bekannt geben. In den vergangenen Tagen wurde das Modell in allen Bundesländern mit Ausnahme Thüringens getestet.

Wie funktioniert der digitale Impfpass?

Geplant ist, dass Arztpraxen und Impfzentren den digitalen Impfnachweis unmittelbar ausstellen, also im Zuge der eigentlichen Impfung vor Ort. Dazu wird zunächst für jeden Geimpften ein QR-Code erzeugt, der diesem entweder gleich auf einem Bildschirm angezeigt oder als Papierausdruck ausgehändigt wird. Der Code kann von dem Geimpften mit der Kamera des Mobiltelefons gescannt und der Impfnachweis so darauf gespeichert werden. Dafür sollen unter anderem die Corona-Warn-App sowie die neu entwickelte App CovPass verwendet werden können. Die Corona-Warn-App verfügt in ihrer aktuellen Version bereits seit Mittwochmorgen über die entsprechende Funktion.

Welche Technik kommt zum Einsatz?

Das Bundesgesundheitsministerium hat mehrere Unternehmen - unter ihnen den Softwarekonzern IBM - mit der Entwicklung des digitalen Impfnachweises beauftragt. Sie sollen auch eine Anwendung zur Überprüfung der digitalen Impfpässe sowie ein Programm, mit dem Arztpraxen und Impfzentren eingebunden werden können, entwickeln. Der digitale Impfnachweis nutzt Methoden einer Public-Key-Infrastruktur (PKI). Die ursprüngliche Idee, Blockchain-Technologie

einzusetzen, wurde wieder verworfen. Die Daten der Geimpften, Name, Geburtsdatum, Impfstatus sowie Informationen zum verwendeten Impfstoff, werden bei der PKI als Datensatz verschlüsselt und mithilfe des privaten Schlüssels des Ausstellers des Impfnachweises digital signiert. Über den dazugehörigen öffentlichen Schlüssel kann der Datensatz überprüft werden, zum Beispiel an Grenzübergängen, in Geschäften oder bei Veranstaltungen. Geplant war, dass der Nachweis nur lokal auf dem jeweiligen Gerät gespeichert wird. Eine zentrale Datenbank mit personenbezogenen Daten sollte es nicht geben.

Wie bekommen bereits Geimpfte nachträglich das digitale Dokument?

Grundsätzlich soll die nachträgliche Ausstellung dort erfolgen, wo man geimpft worden ist, teilte das Ministerium dazu mit. Die Impfzentren sollen die QR-Codes "möglichst automatisch" per Post an die Geimpften schicken - die Kontaktdaten müssten ja überall vorliegen. Problematisch könnte allerdings sein, dass einige Impfzentren schon Ende Juni geschlossen werden sollen. Darüber hinaus soll jeder Arzt und Apotheker nachträglich digitale Impfnachweise ausstellen können. Apotheken wollen vom kommenden Montag an digitale Impfnachweise ausstellen. Zunächst werde die Zahl der teilnehmenden Apotheken noch klein sein, hieß es von der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA). Man rechne aber damit, sehr schnell in den vierstelligen Bereich zu kommen. Hausärzte könnten die Nachträge für Millionen bereits Geimpfter "neben Impfungen, Testungen und Versorgung in aller Regel nicht leisten", hieß es hingegen vom Hausärzteverband. Der Bundesvorsitzende Ulrich Weigeldt sagte der F.A.Z., er rechne nicht damit, dass der digitale Impfausweis noch vor den Sommerferien "reibungslos flächendeckend integriert sein" werde. Bundesweit müssen etwa 55.000 Arztpraxen und mehr als 400 Impfzentren an die nötige digitale Infrastruktur angebunden werden.

Warum kommt der digitale Impfausweis erst jetzt?

Gesundheitsminister Spahn musste Terminzusagen zum digitalen Impfpass immer wieder verschieben. Der Auftrag zur Entwicklung des Impfpasses war Anfang März vergeben worden. Zu diesem Zeitpunkt wurde in Estland, dem EU-weiten Vorreiter bei der Digitalisierung, schon eine fertig entwickelte Impfpass-App getestet. Auch in Deutschland liefen zu diesem Zeitpunkt bereits verschiedene Projekte mit eigenen IT-Lösungen. An einem war auch das Kölner Start-up Ubirch beteiligt, das jetzt auch die bundesweite Lösung mitentwickelt. Vorwürfe, Datenschutzfragen hätten die Entwicklung des Passes verzögert, wies der Datenschutzbeauftragte der Bundesregierung, Ulrich Kelber, zurück. Seine Behörde sei spät in den Prozess eingebunden worden, sagte er. Das führe im schlimmsten Fall dazu, dass er eine "unrechtmäßige Datenverarbeitung untersagen oder eine aufwendige Veränderung verlangen" müsse. Auf der Grundlage der Daten, die er bisher habe einsehen können, sehe er aber "kein unüberwindliches Problem", sagte er der F.A.Z. Ein endgültiges Urteil sei erst möglich, wenn die technische Entwicklung abgeschlossen sei und "man uns auch Fragen zum Beispiel zu verwendeten Technologien im Detail beantwortet hat".

Wozu ist der Pass gut?

Das digitale Impfzertifikat soll neben dem gelben Impfpass aus Papier eine weitere Möglichkeit bieten, um Corona-Schutzimpfungen, Corona-Tests und überstandene Covid-Erkrankungen nachzuweisen. Geimpfte, Genesene und Getestete sollen Informationen dazu - auf freiwilliger Basis - auf ihren Mobiltelefonen speichern können. Der deutsche Digitalpass soll mit dem europaweit gültigen, digitalen Covid-19-Pass kompatibel sein. Ende Mai hatten sich die EU-Mitgliedstaaten auf ein entsprechendes Konzept geeinigt, an das alle nationalen Anwendungen andocken können sollen.

Verändert sich die Bedeutung des gelben Impfpasses aus Papier?

Nein, der digitale Nachweis ist nur als Ergänzung zum gelben Impfpass aus Papier gedacht. Das Dokument ist nach den Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation und der Ständigen Impfkommission am Robert Koch-Institut gestaltet und nach wie vor ein gültiger Nachweis über verabreichte Schutzimpfungen, wie er in Paragraph 22 des Infektionsschutzgesetzes vorgeschrieben ist.

Was passiert, wenn der gelbe Impfpass verloren geht?

Wer seinen Impfpass verliert und keine sonstigen Unterlagen über die verabreichten Corona-Impfungen hat, muss zunächst mit Einschränkungen rechnen - ohne den entsprechenden Nachweis gelten viele Erleichterungen des alltäglichen Lebens nicht mehr. Einen neuen Blanko-Ausweis zu bekommen ist zunächst kein Problem - den gibt es in vielen Arztpraxen und bei den Gesundheitsämtern. Etwas aufwendiger dürfte es sein, nach erfolgter Corona-Impfung die entsprechenden Nachweise in den neuen Pass eintragen zu lassen. Grundsätzlich sind die Informationen über die verabreichten Impfungen beim jeweiligen Arzt oder Impfzentrum gespeichert, heißt es vom Bundesgesundheitsministerium. Das gilt übrigens nicht nur für Corona, sondern bei allen Schutzimpfungen. Um den gesamten Impfpass zu rekonstruieren, könnte es also eine Weile dauern. Ärzte müssen die Impfinformationen in der Patientenakte zehn Jahre lang aufbewahren. Langfristig soll die Corona-Schutzimpfung wie auch alle anderen Impfungen in die elektronische Patientenakte integriert werden. Diese soll von 2022 an auf freiwilliger Basis genutzt werden können, heißt es vom Gesundheitsministerium. Der Start der Akte wurde in der Vergangenheit allerdings schon mehrere Male verschoben.

Muss der Impfpass fälschungssicherer werden?

Die Sorge, dass ungeschützte Personen über gefälschte Impfpässe verfügen, treibt Fachleute schon seit einer Weile um. Das Bundesgesundheitsministerium weicht der Frage, ob der Pass mit zusätzlichen Sicherheitsmerkmalen ausgestattet werden muss, bislang aus. "Die Fälschung eines Impfpasses ist eine Straftat", teilt das Ministerium dazu lediglich mit. Erst Ende Mai trat eine Gesetzesreform in Kraft, welche ein entsprechendes Verbot ausdrücklich regelt. Das betrifft die Strafbarkeit "der nicht richtigen Dokumentation einer Schutzimpfung" sowie die "nicht richtige Bescheinigung der Durchführung einer Schutzimpfung oder einer Überwachung einer Testung" zur Täuschung, wie es im Infektionsschutzgesetz seitdem heißt. Die Frage nach der Fälschungssicherheit stellt sich auch beim nachträglichen Erstellen digitaler Impfpässe. Die Apotheken sehen sich aber in der Lage, Fälschungen zu erkennen, heißt es vom ABDA.

Ist es möglich, statt des gelben Impfpasses eine beglaubigte Kopie vorzuzeigen?

Nach den Buchstaben der entsprechenden Rechtsverordnung reicht eine beglaubigte Kopie des Impfpasses aus. Auch jeder andere Nachweis genügt. In der jüngsten "Covid-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung" des Bundesjustizministeriums wird der Begriff des Impfnachweises lediglich de-

finiert als "ein Nachweis hinsichtlich des Vorliegens einer vollständigen Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 in deutscher, englischer, französischer, italienischer oder spanischer Sprache in verkörperter oder digitaler Form". Dass es sich um den gelben Impfpass handeln muss, steht dort nicht. Ein Sprecher des Justizministeriums sagte, eine beglaubigte Kopie sei demnach gleichermaßen gültig. In Deutschland können Behörden und Notare Dokumente amtlich beglaubigen.

Werden die elektronischen Impfcertifikate und Impfausweise aller EU-Mitgliedsländer harmonisiert?

Von Ende Juni an plant die EU die Einführung eines einheitlichen Impfcertifikats. Das sogenannte grüne Zertifikat soll darüber informieren, ob eine Person das Coronavirus verbreiten kann und welche Wahrscheinlichkeit dafür besteht. Es ist geplant, dass auch Informationen zu überstandenen Corona-Infektionen sowie Testergebnisse abgerufen werden können. Für Reisende könnten durch das einheitliche Digitalzertifikat Test- oder Quarantänepflichten wegfallen. Besonders die vom Tourismus ökonomisch abhängigen Länder Griechenland und Zypern haben sich dafür eingesetzt. Die von der EU ausgearbeitete Verordnung verpflichtet die nationalen Regierungen und Behörden, ihren Bürgern das digitale Zertifikat auf Anfrage auszustellen. Die Entscheidung darüber, welche Corona-Maßnahmen und -Beschränkungen weiterhin

bestehen bleiben und ob das Digitalzertifikat die Umsetzung weiterer Erleichterungen ermöglicht, obliegt den Mitgliedstaaten. Dennoch verpflichten sich die EU-Mitgliedsländer dazu, die Zertifikate der anderen Staaten anzuerkennen und die gleichen Rechte zu gewähren, die auch bei den nationalen Zertifikaten gelten.

Wird der digitale Impfpass später weltweit nutzbar sein?

Das digitale Impfcertifikat wird zunächst auf Europa beschränkt sein. Andere Länder wie die Vereinigten Staaten oder Israel haben ebenfalls digitale Impfcertifikate herausgegeben oder arbeiten an deren Entwicklung, aber ein weltweiter Standard ist momentan nicht absehbar. Das ist bei dem alten Impfpass aus Papier anders, dieser gilt überall auf der Welt. Zudem werden die Datenformate der europäischen App als Open-Source-Code veröffentlicht. Mit diesem Code können Entwickler anderer Apps - darunter Reiseveranstalter, Verkehrsunternehmen und Fluggesellschaften - die Zertifikate einlesen. Einige Softwareunternehmen in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Estland versuchen mit Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), eine weltweit gültige Anwendung zu programmieren. Die EU arbeitet zusammen mit der WHO daran, dass die hiesigen Impfcertifikate auch für Reisen in Staaten außerhalb Europas genutzt werden können.